

Neuer Report

2. Mai 2023

Inhaltsverzeichnis

S. 4 Kuratorium für Verkehrssicherheit

- S. 4 **PULS 24 Live**
02.05.2023 , Puls 24 - PULS 24 Live
- S. 6 **PULS 24 Live**
02.05.2023 , Puls 24 - PULS 24 Live
- S. 7 **PULS 24 Live**
02.05.2023 , Puls 24 - PULS 24 Live
- S. 8 **ATV Aktuell**
02.05.2023 , ATV - ATV Aktuell
- S. 9 **ATV Aktuell**
02.05.2023 , ATV - ATV Aktuell
- S. 10 **PULS 4 AKTUELL**
02.05.2023 , Puls 4 - PULS 24 NEWS
- S. 11 **Pro 7 Austria Aktuell**
02.05.2023 , ProSieben Austria - ProSieben Spezial
- S. 12 **SAT.1 Österreich aktuell**
02.05.2023 , Sat.1 - SAT.1 Nachrichten
- S. 13 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , APA-MobilitätsNews
- S. 16 **Künstliche Intelligenz lässt Opfer reden**
02.05.2023 , Kurier Seite 15
- S. 17 **Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen**
02.05.2023 , Kurier Seite 17
- S. 18 **Höheres Tempo bei Maßnahmen gegen Raser**
02.05.2023 , Oberösterreichisches Volksblatt Seite 14
- S. 19 **Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen**
02.05.2023 , kurier.at
- S. 22 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , noen.at
- S. 25 **Raser: Forderung nach rascher Umsetzung von strengeren Maßnahmen**
02.05.2023 , vol.at
- S. 28 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , kleinezeitung.at
- S. 31 **"Rasen kostet Menschenleben": Rasche Umsetzung von Maßnahmen gefordert**
02.05.2023 , diepresse.com
- S. 34 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , vienna.at
- S. 37 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , volksblatt.at
- S. 40 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , bvz.at
- S. 43 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , puls24.at
- S. 46 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , msn.com/de-at
- S. 49 **Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen**
02.05.2023 , msn.com/de-at

- S. 51 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , sn.at
- S. 54 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , neue.at
- S. 57 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
02.05.2023 , news.at
- S. 60 **Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsofper sprechen**
28.04.2023 , msn.com/de-at
- S. 62 **Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsofper sprechen**
28.04.2023 , kurier.at
- S. 65 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , msn.com/de-at
- S. 68 **"Rasen kostet Menschenleben": Rasche Umsetzung von Maßnahmen gefordert**
28.04.2023 , diepresse.com
- S. 71 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , kleinezeitung.at
- S. 74 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , vol.at
- S. 77 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , vienna.at
- S. 80 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , noen.at
- S. 83 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , sn.at
- S. 86 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , bvz.at
- S. 89 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , neue.at
- S. 92 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , news.at
- S. 95 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , volksblatt.at
- S. 98 **KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets**
28.04.2023 , puls24.at

S. 101 **Agenturbeobachtung**

- S. 101 **KFV fordert rasche Umsetzung strengerer Maßnahmen gegen Raser**
28.04.2023 , APA - Austria Presse Agentur

Kuratorium für Verkehrssicherheit

Puls 24 - PULS 24 Live vom 02.05.2023

PULS 24 Live

PULS 24 Live

Sendungsdatum: 29.04.2023

Sendungsbeginn: 12:00

Sendungsdauer: 60:00 minuten

(00:14:03): ... Alarm. Es gibt in Österreich nämlich immer mehr Raser im Jahr 2021 gab es 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo Herr, also war die Kartestimmungfall, ki kann man Stimme wieder beleben, mir aber Ned

(00:14:08): ... im Jahr 2021 gab es 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo Herr, also war die Kartestimmungfall, ki kann man Stimme wieder beleben, mir aber Ned ich steckober von Gas. Im April 2020 stirbt kathi, ein

(00:14:32): ... wieder beleben, mir aber Ned ich steckober von Gas. Im April 2020 stirbt kathi, ein polizeibekannter Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit katys digitaler Stimme. In einem radiospot will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln. Sabine peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, dass Rasern das Auto weggenommen wird? Es gibt für mir als Betroffene

(00:50:03): ... Die wurde nach dieser Mahnwache sofort zur Landesregierung nach Salzburg eingeladen, zu einem runden Tisch mit allen Parteien und verkehrsverantwortlicher. Und es hat ganz früh ins laufen gebracht, bis zum Kuratorium für Verkehrssicherheit, wo er eingeladen wurde. Medien aufgesprungen sein auf dieses Thema und in kürzester Zeit. Das erste raserpaket genehmigt wurde mit höheren Strafen, mit Führerscheine zu längerem und so weiter

(00:50:34): ... ist jetzt wirklich eine Forderung, an der schon seit drei Jahren gearbeitet wird. Und ihnen möchte, dass es vergessen wird und darum findet diese Pressekonferenz heute und diese Kampagne vom Kuratorium mit dem Werbespot soso wichtig, um wirklich alle wieder daran zu erinnern, dass das noch im Raum steht, dass das nur ganz wichtig wäre, umzusetzen. Und es ist ja eine Sache,

(00:51:00): ... wichtig wäre, umzusetzen. Und es ist ja eine Sache, die Menschenleben schützen, die Menschenleben retten soll. Ja, noch sind die Strafen allerdings niedrig und die Frage ist, warum. Amin Kaltenecker vom Kuratorium für Verkehrssicherheit. Österreich hat ein geschwindigkeitsproblem in den letzten Jahren ist jeder vierte tödliche Unfall auf erhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen und die Tendenz ist steigend. Wir hatten zuletzt 6 Millionen schnellfahreranzeigen im Jahr

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	Puls 24
Quelle	PULS 24 Live
Typ	TV
Land	AT

Puls 24 - PULS 24 Live vom 02.05.2023

PULS 24 Live

PULS 24 Live

Sendungsdatum: 29.04.2023

Sendungsbeginn: 13:00

Sendungsdauer: 55:00 minuten

(00:15:20): ... Es gibt in Österreich nämlich immer mehr Raser. Im Jahr 2021 gab es noch 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo, über die Karte, also sie war die Karte bis zu dem Unfall. Ki kann

(00:15:25): ... Jahr 2021 gab es noch 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo, über die Karte, also sie war die Karte bis zu dem Unfall. Ki kann man Stimme wieder beleben, mir aber Ned steck over

(00:15:48): ... Stimme wieder beleben, mir aber Ned steck over von Gas. Im April 2020 stirbt Kathi ein polizeibekannter Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit Katys digitaler Stimme in einem Radspot. Will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln. Sabine Peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, dass Rasern das Auto weggenommen wird?.

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtsgarantie übernommen werden.

Sender	Puls 24
Quelle	PULS 24 Live
Typ	TV
Land	AT

Puls 24 - PULS 24 Live vom 02.05.2023

PULS 24 Live

PULS 24 Live

Sendungsdatum: 29.04.2023

Sendungsbeginn: 13:00

Sendungsdauer: 55:00 minuten

(00:15:20): ... Es gibt in Österreich nämlich immer mehr Raser. Im Jahr 2021 gab es noch 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo, über die Karte, also sie war die Karte bis zu dem Unfall. Ki kann

(00:15:25): ... Jahr 2021 gab es noch 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will jetzt mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen. Hallo, über die Karte, also sie war die Karte bis zu dem Unfall. Ki kann man Stimme wieder beleben, mir aber Ned steck over

(00:15:48): ... Stimme wieder beleben, mir aber Ned steck over von Gas. Im April 2020 stirbt Kathi ein polizeibekannter Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit Katys digitaler Stimme in einem Radspot. Will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln. Sabine Peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, dass Rasern das Auto weggenommen wird?. Es gibt für mir als Betroffene

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	Puls 24
Quelle	PULS 24 Live
Typ	TV
Land	AT

ATV - ATV Aktuell vom 02.05.2023

ATV Aktuell

ATV Aktuell

Sendungsdatum: 28.04.2023

Sendungsbeginn: 17:20

Sendungsdauer: 05:00 minuten

(00:00:08): ... Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt heute auch klar. Rasen kostet Menschenleben. Die GRÜNE Verkehrsministerin Leonore Gewessler sei daher gefordert, die versprochenen härteren Strafen umzusetzen?. Das Kuratorium will auch mit einer aufrüttelnden Aktion auf

(00:00:20): ... schon über 6 Millionen. Und das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt heute auch klar. Rasen kostet Menschenleben. Die GRÜNE Verkehrsministerin Leonore Gewessler sei daher gefordert, die versprochenen härteren Strafen umzusetzen?. Das Kuratorium will auch mit einer aufrüttelnden Aktion auf die tödlichen Folgen des Rasens aufmerksam machen. Hallo in die K. Sie war dem Unfall kann man stimmen, wieder Belieben. Mir aber Ned Stekover von

(00:00:44): ... man stimmen, wieder Belieben. Mir aber Ned Stekover von Gas. Im April 2020 stirbt Kathi, ein polizeibekannter Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall. Mit Katys dig digitaler Stimme in einem Radspot, will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln. Sabine Peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, dass Rasern das Auto weggenommen wird. Es gibt für mich als Betroffene

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtsgarantie übernommen werden.

Sender	ATV
Quelle	ATV Aktuell
Typ	TV
Land	AT

ATV - ATV Aktuell vom 02.05.2023

ATV Aktuell

ATV Aktuell

Sendungsdatum: 28.04.2023

Sendungsbeginn: 19:20

Sendungsdauer: 10:00 minuten

(00:09:11): ... Verkehrsfachleute schlagen Alarm. Es gibt in Österreich immer mehr Raser im Jahr 2021 gab es 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt heute auch klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen.Hallo, in die sie war. Die c bezungfall ki kann man Stimme

(00:09:15): ... Jahr 2021 gab es 5 Millionen Anzeigen wegen geschwindigkeitsübertretungen, im Jahr 2022 waren es schon über 6 Millionen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt heute auch klar rasen kostet Menschenleben. Das Kuratorium will mit einer aufrüttelnden Kampagne darauf aufmerksam machen.Hallo, in die sie war. Die c bezungfall ki kann man Stimme wieder beleben?. Wie aber Ned ich steckover von Gas. Im April

(00:09:39): ... beleben?. Wie aber Ned ich steckover von Gas. Im April 2020 stirbt katzi, ein polizeibekanner, Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall. Mit katys digitaler Stimme. In einem radiospot will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln?. Sabine peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, dass Rasern das Auto weggenommen wird.Es gibt für mir als Betroffene Mama

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	ATV
Quelle	ATV Aktuell
Typ	TV
Land	AT

Puls 4 - PULS 24 NEWS vom 02.05.2023

PULS 4 AKTUELL

PULS 4 AKTUELL

Sendungsdatum: 28.04.2023

Sendungsbeginn: 18:45

Sendungsdauer: 15:00 minuten

(00:11:27): ... beleben, mir aber nett ich. Der over von gasz.Im April 2020 stirbt kathi, ein Polizeibekannte Raser, tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit katys digitaler Stimme in einem radiospott. Will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln?. Sabine peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, das Rasern das Auto weggenommen wird.Es gibt für mir als Betroffene Mama

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	Puls 4
Quelle	PULS 24 NEWS
Typ	TV
Land	AT

Pro 7 Austria Aktuell

Pro 7 Austria Aktuell

Sendungsdatum: 28.04.2023

Sendungsbeginn: 18:00

Sendungsdauer: 09:00 minuten

(00:07:53): ... wieder beleben, mir aber Ned steck over von Gas.Im April 2020 stirbt kathi ein polizeibekannter Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit katis digitaler Stimme in einem radiospot. Will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln. Sabine peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, das Rasern das Auto weggenommen wird??Es gibt für mir als Betroffene Mama

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	ProSieben Austria
Quelle	ProSieben Spezial
Typ	TV
Land	AT

Sat.1 - SAT.1 Nachrichten vom 02.05.2023

SAT.1 Österreich aktuell

SAT.1 Österreich aktuell

Sendungsdatum: 28.04.2023

Sendungsbeginn: 20:00

Sendungsdauer: 14:00 minuten

(00:11:38): ... beleben, mir aber ne, ich steck over von Gas.Im April 2020 stirbt kathi, ein Polizeibekannte Raser tötet sie bei einem Verkehrsunfall mit cartys digitaler Stimme in einem radiospott. Will das Kuratorium für Verkehrssicherheit gemeinsam mit ihrer Mutter Autofahrer wachrütteln?. Sabine peterbauer setzt sich seit dem Tod ihrer Tochter dafür ein, das Rasern das Auto weggenommen wird.Es gibt für mir als Betroffene Mama

Link zur Sendung

Der angezeigte Beitrag beruht auf automatisierter Spracherkennung

Für abrufbare Audio-/Video-Beiträge wie auch allfällig bestellte Abschriften, sofern diese urheberrechtlich geschützt sind, kann keine Rechtgarantie übernommen werden.

Sender	Sat.1
Quelle	SAT.1 Nachrichten
Typ	TV
Land	AT
Sprache	Deutsch

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Utl.: "Tatwaffe Fahrzeug" müsse endlich beschlagnahmt werden können - Appell von Mutter einer Getöteten - Neuer Radiospot lässt Unfallopfer mittels KI zu Wort kommen

Verkehrsinform/Verkehrsunfall/Wien

Wien (APA) - Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenecker. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenecker die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenecker.

kra/saw

Quelle	APA-MobilitätsNews
Typ	Wochenzeitungen

Pressespiegel

Land	AT
Sprache	Deutsch

Künstliche Intelligenz lässt Opfer reden

Raser. Bei einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle ist überhöhte Geschwindigkeit die Ursache. Mit einer Warnung aus dem Jenseits lässt eine betroffene Mutter nun aufhorchen

VON STEPHANIE ANGERER

„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht. Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe Künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag. Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schaffte es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei das

Fakten

Pkw-Abnahme

Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen von mehr als 80 Stundenkilometern im Ortsgebiet oder 90 km/h außerhalb des Ortes sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren, wenn es geboten scheint, den Täter von weiteren Raseraktionen abzuhalten

Führerschein

Wenn den Lenker das Fahrzeug abgenommen wird, ist auch der Schein weg

Anzeigen

Gab es im Jahr 2021 noch rund fünf Millionen Anzeigen wegen überhöhter Geschwindigkeit, stieg diese Zahl im Vorjahr auf sechs Millionen an

Gefährdungspotenzial so hoch, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann. Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Höhere Strafen

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraum deutlich erhöht werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

Ob die Erhöhung der Strafen aber den gewünschten Effekt hat, wird von Experten bezweifelt. „Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Delikte aufgrund der Verdoppelung der Strafhöhen nicht zurückgehen wird“, sagt etwa ARBÖ-Rechtsexperte Johann Kopinits.

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die



Vor drei Jahren verlor Sabine Peterbauer ihre Tochter Katrin

Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

„Österreich ist in Bezug auf Geschwindigkeitsdelikte nach wie vor ein absolutes Negativbeispiel. Auch die Handlungsmöglichkeiten der Exekutive bleiben hier begrenzt“, sagt

Christian Schimanofsky, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV).

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert der Verein die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen nun mehr Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns schaffen.

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter: „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.

Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen

Verkehr. Mit Warnung aus dem Jenseits wendet sich Mutter von Opfer an Raser

VON **STEPHANIE ANGERER**

„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht. Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag. Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schafft es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei das Gefährdungspotenzial so hoch, dass



STEPHANIE ANGERER

Vor drei Jahren verlor Sabine Peterbauer ihre Tochter Katrin

das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann. Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraum deutlich erhöht

werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den

Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert das Kuratorium für Verkehrssicherheit die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen mehr Bewusstsein schaffen.

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter. „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken, mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.



Oberösterreichisches Volksblatt / Linz

Höheres Tempo bei Maßnahmen gegen Raser

Seite 14 / 02.05.2023

Höheres Tempo bei Maßnahmen gegen Raser

WIEN – Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser und kritisierte die schleppende Umsetzung der Pläne, extremen Rasern das Fahrzeug beschlagnahmen zu lassen. Die Begutachtungsfrist für die Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Bei der KFV-Pressekonferenz in Wien kam auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. „2021 gab es rund fünf Mio. Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen“, berichtete Armin Kaltenecker, Leiter der KFV-Rechtsabteilung.

kurier.at vom 02.05.2023

Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen

Bei einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle ist überhöhte Geschwindigkeit die Ursache. Mit einer Warnung aus dem Jenseits lässt eine betroffene Mutter nun aufhorchen.



„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht.

Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe Künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

KI rekonstruiert Stimme

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag.

Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schaffte es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

► Mehr lesen: Raserautos beschlagnahmen: Experten äußern bedenken

Verkehrsexperten kritisieren die langsame Umsetzung von Sanktionen gegen Raser ©

Bild: APA - Austria Presse Agentur

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei

das Gefährdungspotenzial so hoch, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann.

Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Höhere Strafen

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraum deutlich erhöht werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

► Mehr lesen: Novelle in Begutachtung: Autos von Rasern sollen künftig versteigert werden

Ob die Erhöhung der Strafen aber den gewünschten Effekt hat, wird von Experten bezweifelt. „Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Delikte aufgrund der Verdoppelung der Strafhöhen nicht zurückgehen wird“, sagt etwa ARBÖ-Rechtsexperte Johann Kopinits

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

„Österreich ist in Bezug auf Geschwindigkeitsdelikte nach wie vor ein absolutes Negativbeispiel. Auch die Handlungsmöglichkeiten der Exekutive bleiben hier begrenzt“, sagt Christian Schimanofsky, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV).

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert der Verein die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen nun mehr Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns schaffen.

Bewusstsein fehlt

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter: „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.

kurier.at | Heute, vor 3 Minuten | Aktualisiert vor 1 Minute

Quelle	kurier.at
Typ	News Site
Land	AT

Sprache	Deutsch
Adresse	https://kurier.at/chronik/oesterreich/kuenstliche-intellig...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengere Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine

Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Quelle	noen.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.noen.at/in-ausland/verkehr-kfv-fordert-rasche-...

Raser: Forderung nach rascher Umsetzung von strengeren Maßnahmen

Die Forderung nach rascher Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser ist am Freitag vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) gekommen.



Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das KFV forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

Ministeriumssprecherin: "Gespräche unter anderem mit Koalitionspartner"

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Tochter bei Unfall mit polizeibekanntem Raser getötet

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben"

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

Nicht angepasstes Tempo teils Hauptunfallursache

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte

der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

KFV fordert zentrales Verwaltungsstrafen-Register

Die dritte Forderung des KFV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA/Red)

Quelle	vol.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vol.at/raser-forderung-nach-rascher-umsetzung-...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



© APA © APA

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

© APA © APA

© APA © APA

Quelle	kleinezeitung.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kleinezeitung.at/service/newsticker/chronik/62...

diepresse.com vom 02.05.2023

"Rasen kostet Menschenleben": Rasche Umsetzung von Maßnahmen gefordert

Verkehrsministerin Gewessler kündigte im Dezember an, die Autos von extremen Rasern künftig zu beschlagnahmen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit pocht auf die Umsetzung.



Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE



Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner. Seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Wenn das Gas knapp wird – So kannst du sparen

„Ein Raser hat mir meine Tochter genommen“

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann.

Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

„Rasen kostet Menschenleben“

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Geplant ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Ersteres tritt ein, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

Erhöhte Geschwindigkeit ist Hauptunfallursache

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV.

Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Höhere Geldstrafen gefordert

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", sagte Kaltenegger. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5000 Euro auf 500 bis 7500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es ein solches noch nicht gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA)

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Quelle	diepresse.com
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.diepresse.com/6281554/rasen-kostet-menschenleb...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf ©APA

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom

Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KFV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen

Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA)

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf ©APA

Quelle	vienna.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vienna.at/kfv-fordert-rasche-umsetzung-des-ras...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf © APA/Kreiner

„Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor“, sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit „konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt“. Ziel sei, die Novelle „möglichst rasch fertigzustellen“. Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. „Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden“, sagte Peterbauer. „Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen“, bekräftigte die Frau. „Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren“, erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. „Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?“, fragte die Frau.

„Speed of action“ statt „Speed im Straßenverkehr“ lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. „Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. „Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So

gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war“, sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

„Rasen kostet Menschenleben“, bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. „Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten“, so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme – Beschlagnahme – Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. „Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen“, berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenecker. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. „Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent“, berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. „Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich“, forderte Kaltenecker die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. „Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal“, erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf © APA/Kreiner

Quelle	volksblatt.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://volksblatt.at/chronik/oesterreich/kfv-fordert-rasc...

bvz.at vom 02.05.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengere Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine

Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Quelle	bvz.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.bvz.at/in-ausland/verkehr-kfv-fordert-rasche-u...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnehmung für extreme Raser vorgestellt.



APA/Kreiner



Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter,

noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für

chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenecker die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenecker.

APA/Kreiner

Quelle	puls24.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.puls24.at/news/chronik/kfv-fordert-rasche-umse...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Quelle	msn.com/de-at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.msn.com/de-at/nachrichten/news/kfv-fordert-ras...

Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen

„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht.



Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe Künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag.

Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schaffte es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

► Mehr lesen: Raserautos beschlagnahmen: Experten äußern bedenken

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei das Gefährdungspotenzial so hoch, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann.

Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraumen deutlich erhöht werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

► Mehr lesen: Novelle in Begutachtung: Autos von Rasern sollen künftig versteigert werden

Ob die Erhöhung der Strafen aber den gewünschten Effekt hat, wird von Experten bezweifelt. „Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Delikte aufgrund der Verdoppelung der Strafhöhen nicht zurückgehen wird“, sagt etwa ARBÖ-Rechtsexperte Johann Kopinits

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

„Österreich ist in Bezug auf Geschwindigkeitsdelikte nach wie vor ein absolutes Negativbeispiel. Auch die Handlungsmöglichkeiten der Exekutive bleiben hier begrenzt“, sagt Christian Schimanofsky, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV).

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert der Verein die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen nun mehr Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns schaffen.

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter: „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.

Quelle	msn.com/de-at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.msn.com/de-at/nachrichten/chronik/k%C3%BCnstli...

sn.at vom 02.05.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



BILD: SN/APA/KREINER Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

BILD: SN/APA/KREINER Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf

Quelle	sn.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.sn.at/panorama/oesterreich/kfv-fordert-rasche-...

neue.at vom 02.05.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

“Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor“, sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit “konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt“. Ziel sei, die Novelle “möglichst rasch fertigzustellen“. Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. “Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden“, sagte Peterbauer. “Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen“, bekräftigte die Frau. “Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren“, erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. “Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?“, fragte die Frau.

“Speed of action“ statt “Speed im Straßenverkehr“ lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. “Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. “Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war“, sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

“Rasen kostet Menschenleben“, bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. “Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten“, so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen

wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme – Beschlagnahme – Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Du hast einen Tipp für die NEUE Redaktion? Schicke uns jetzt Hinweise und Bilder an redaktion@neue.at

Quelle	neue.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch

Adresse <https://www.neue.at/newsticker/kfv-fordert-rasche-umsetzun...>

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

von APA - Austria Presse Agentur Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf



Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Quelle	news.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.news.at/a/kfv-umsetzung-raser-pakets-13008494

Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen

„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht.



Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe Künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag.

Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schaffte es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

► Mehr lesen: Raserautos beschlagnahmen: Experten äußern bedenken

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei das Gefährdungspotenzial so hoch, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann.

Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraumen deutlich erhöht werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

► Mehr lesen: Novelle in Begutachtung: Autos von Rasern sollen künftig versteigert werden

Ob die Erhöhung der Strafen aber den gewünschten Effekt hat, wird von Experten bezweifelt. „Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Delikte aufgrund der Verdoppelung der Strafhöhen nicht zurückgehen wird“, sagt etwa ARBÖ-Rechtsexperte Johann Kopinits

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

„Österreich ist in Bezug auf Geschwindigkeitsdelikte nach wie vor ein absolutes Negativbeispiel. Auch die Handlungsmöglichkeiten der Exekutive bleiben hier begrenzt“, sagt Christian Schimanofsky, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV).

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert der Verein die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen nun mehr Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns schaffen.

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter: „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.

Quelle	msn.com/de-at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.msn.com/de-at/nachrichten/chronik/k%C3%BCnstli...

kurier.at vom 28.04.2023

Künstliche Intelligenz lässt totes Verkehrsoffer sprechen

Bei einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle ist überhöhte Geschwindigkeit die Ursache. Mit einer Warnung aus dem Jenseits lässt eine betroffene Mutter nun aufhorchen.



„Hallo, ich bin die Kati. Also ich war die Kati bis zu dem Unfall“, dringt eine Stimme aus einem Lautsprecher, der direkt vor Sabine Peterbauer steht.

Daneben steht ein Foto ihrer Tochter Katrin Koch. Mithilfe Künstlicher Intelligenz – und zahlreicher Sprachdateien von Kati – konnte ihre Stimme rekonstruiert werden.

KI rekonstruiert Stimme

Vor drei Jahren hat die Salzburgerin ihr Kind bei einem Unfall verloren. Schuld war ein Raser. „Kati ist damals mit ihrem Freund im Auto gefahren. Dann hat auf der Gegenfahrbahn ein Autofahrer überholt und ist frontal in ihren Wagen gefahren“, berichtet Peterbauer bei einem Medientermin am Freitag.

Seither kämpft die Mutter für stärkere Sanktionen gegen Raser und schaffte es auch, sich in der Politik Gehör verschaffen.

► Mehr lesen: Raserautos beschlagnahmen: Experten äußern bedenken

Verkehrsexperten kritisieren die langsame Umsetzung von Sanktionen gegen Raser ©

Bild: APA - Austria Presse Agentur

Im Dezember vergangenen Jahres präsentierte Ministerin Leonore Gewessler eine entsprechende Gesetzesnovelle. Bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen sei

das Gefährdungspotenzial so hoch, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden kann.

Damit sei eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden, hieß es damals in den Erläuterungen der Gesetzesnovelle.

Höhere Strafen

Für extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (60 bzw. 70 km/h) soll der Strafraum deutlich erhöht werden – hierfür ist künftig eine Geldstrafe von 500 bis 7.500 Euro fällig. Wer trotz vorhandenen Lenkverbots am Steuer erwischt wird, muss künftig 700 bis 2.200 Euro Strafe zahlen.

► Mehr lesen: Novelle in Begutachtung: Autos von Rasern sollen künftig versteigert werden

Ob die Erhöhung der Strafen aber den gewünschten Effekt hat, wird von Experten bezweifelt. „Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Delikte aufgrund der Verdoppelung der Strafhöhen nicht zurückgehen wird“, sagt etwa ARBÖ-Rechtsexperte Johann Kopinits

Welche Folgen Raserei im Straßenverkehr haben kann, zeigt auch ein Blick in die Statistik: Überhöhte Geschwindigkeit war in den Jahren 2017 bis 2021 Hauptursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Österreich.

„Österreich ist in Bezug auf Geschwindigkeitsdelikte nach wie vor ein absolutes Negativbeispiel. Auch die Handlungsmöglichkeiten der Exekutive bleiben hier begrenzt“, sagt Christian Schimanofsky, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV).

Gemeinsam mit Peterbauer kritisiert der Verein die schleppende Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Raser. Mit der künstlichen Stimme des Unfallopfers Katrin Koch wolle man bei Betroffenen nun mehr Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns schaffen.

Bewusstsein fehlt

Das Bewusstsein, was das eigene Fahrverhalten betrifft, scheint vor allem in Österreich nicht sonderlich ausgeprägt zu sein, wie eine Studie des KFV zeigt. Jeder dritte Teilnehmer gab an, trotz überhöhter Geschwindigkeit nach wie vor sicher zu fahren. 19 Prozent gaben an, häufig schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Genau das will Peterbauer verhindern. Mithilfe ihrer toten Tochter: „Künstliche Intelligenz kann meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der letzte Satz ihrer Audioaufnahme, die in den kommenden Wochen im Radio ausgestrahlt wird.

kurier.at | Heute, vor 3 Minuten | Aktualisiert vor 1 Minute

Quelle	kurier.at
Typ	News Site
Land	AT

Sprache	Deutsch
Adresse	https://kurier.at/chronik/oesterreich/kuenstliche-intellig...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Quelle	msn.com/de-at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.msn.com/de-at/nachrichten/news/kfv-fordert-ras...

diepresse.com vom 28.04.2023

"Rasen kostet Menschenleben": Rasche Umsetzung von Maßnahmen gefordert

Verkehrsministerin Gewessler kündigte im Dezember an, die Autos von extremen Rasern künftig zu beschlagnahmen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit pocht auf die Umsetzung.



Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE



Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner. Seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Wenn das Gas knapp wird – So kannst du sparen

„Ein Raser hat mir meine Tochter genommen“

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann.

Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

„Rasen kostet Menschenleben“

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Geplant ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Ersteres tritt ein, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

Erhöhte Geschwindigkeit ist Hauptunfallursache

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV.

Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Höhere Geldstrafen gefordert

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", sagte Kaltenegger. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5000 Euro auf 500 bis 7500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es ein solches noch nicht gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA)

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. APA / VERKERHSABTEILUNG OOE

Quelle	diepresse.com
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.diepresse.com/6281554/rasen-kostet-menschenleb...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



© APA © APA

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenecker. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenecker die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenecker.

© APA © APA

© APA © APA

Quelle	kleinezeitung.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kleinezeitung.at/service/newsticker/chronik/62...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten

Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KFV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen

Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA)

Quelle	vol.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vol.at/kfv-fordert-rasche-umsetzung-des-raser-...

vienna.at vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf ©APA

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom

Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KFV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen

Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

(APA)

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf ©APA

Quelle	vienna.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vienna.at/kfv-fordert-rasche-umsetzung-des-ras...

noen.at vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengere Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine

Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Quelle	noen.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.noen.at/in-ausland/verkehr-kfv-fordert-rasche-...

sn.at vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



BILD: SN/APA/KREINER Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

BILD: SN/APA/KREINER Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf

Quelle	sn.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.sn.at/panorama/oesterreich/kfv-fordert-rasche-...

bvz.at vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengere Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine

Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf Foto: APA

Quelle	bvz.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.bvz.at/in-ausland/verkehr-kfv-fordert-rasche-u...

neue.at vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt.

Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

“Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor“, sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit “konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt“. Ziel sei, die Novelle “möglichst rasch fertigzustellen“. Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. “Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden“, sagte Peterbauer. “Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen“, bekräftigte die Frau. “Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren“, erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. “Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?“, fragte die Frau.

“Speed of action“ statt “Speed im Straßenverkehr“ lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. “Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. “Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war“, sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

“Rasen kostet Menschenleben“, bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. “Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten“, so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen

wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme – Beschlagnahme – Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Du hast einen Tipp für die NEUE Redaktion? Schicke uns jetzt Hinweise und Bilder an redaktion@neue.at

Quelle	neue.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch

Adresse <https://www.neue.at/newsticker/kfv-fordert-rasche-umsetzun...>

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

von APA - Austria Presse Agentur Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf



Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann

passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

Quelle	news.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.news.at/a/kfv-umsetzung-raser-pakets-13008494

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.



Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf © APA/Kreiner

„Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor“, sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit „konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt“. Ziel sei, die Novelle „möglichst rasch fertigzustellen“. Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. „Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden“, sagte Peterbauer. „Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen“, bekräftigte die Frau. „Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren“, erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. „Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?“, fragte die Frau.

„Speed of action“ statt „Speed im Straßenverkehr“ lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. „Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas“, lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. „Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So

gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war“, sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

„Rasen kostet Menschenleben“, bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. „Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten“, so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme – Beschlagnahme – Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. „Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen“, berichtete Armin Kaltenecker, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenecker. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. „Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent“, berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. „Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich“, forderte Kaltenecker die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim

Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. „Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal“, erläuterte Kaltenegger.

Peterbauer stellte bei der PK ein Foto ihrer Tochter auf © APA/Kreiner

Quelle	volksblatt.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://volksblatt.at/chronik/oesterreich/kfv-fordert-rasc...

KFV fordert rasche Umsetzung des Raser-Pakets

Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnehmung für extreme Raser vorgestellt.



APA/Kreiner



Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter,

noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert, als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KFV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KFV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KFV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elffache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremsst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für

chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KFV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

APA/Kreiner

Quelle	puls24.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.puls24.at/news/chronik/kfv-fordert-rasche-umse...

Agenturbeobachtung

APA - Austria Presse Agentur vom 28.04.2023

KFV fordert rasche Umsetzung strengerer Maßnahmen gegen Raser

"Tatwaffe Fahrzeug" müsse endlich beschlagnahmt werden können - Appell von Mutter einer Getöteten - Neuer Radiospot lässt Unfallopfer mittels KI zu Wort kommen

Verkehrsinfo/Verkehrsunfall/Wien/Wirtschaft und Finanzen/Branchen/Transport/Katastrophen und Unfälle/Unfälle/Transportunglück

Utl.: "Tatwaffe Fahrzeug" müsse endlich beschlagnahmt werden können - Appell von Mutter einer Getöteten - Neuer Radiospot lässt Unfallopfer mittels KI zu Wort kommen =

Wien (APA) - Im Dezember hat Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) groß die geplante Fahrzeugbeschlagnahmung für extreme Raser vorgestellt. Die Begutachtungsfrist der entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) endete im Jänner, seither wurde es still um das Thema. Nun üben Verkehrssicherheitsexperten Kritik an der schleppenden Umsetzung. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) forderte am Freitag die rasche Einführung strengerer Maßnahmen gegen extreme Raser.

"Der überarbeitete Entwurf der Novelle liegt bereits vor", sagte eine Sprecherin des Verkehrsministeriums auf APA-Anfrage. Dazu würden derzeit "konstruktive Gespräche unter anderem mit dem Koalitionspartner geführt". Ziel sei, die Novelle "möglichst rasch fertigzustellen". Wie lange das dauern werde, wurde nicht gesagt, jedenfalls nicht bis Jahresende, bekräftigte die Sprecherin.

Bei der Pressekonferenz des KFV in Wien kam am Freitag auch die Mutter eines Unfallopfers zu Wort. Ihre damals 27 Jahre alte Tochter wurde im April 2020 bei einem Unfall mit einem bereits polizeibekanntem Raser getötet. Seither setzt sich Sabine Peterbauer für härtere Strafen ein. "Ein Raser hat mir meine Tochter genommen. Ich musste mich nach dem Tod von Kati entscheiden: Liegen bleiben oder kämpfen. Kämpfen dafür, dass anderen Menschen so etwas nicht mehr passieren kann. Ich habe mich fürs Kämpfen entschieden", sagte Peterbauer. "Ich möchte nicht, dass es noch mehr Mütter, noch mehr Familien gibt, die das Durchmachen müssen", bekräftigte die Frau. "Das größte Eigentum ist nicht das Auto, sondern unser Leben. Das hat Kati mit 27 Jahren verloren", erinnerte Peterbauer. Der Todestag ihrer Tochter jährt sich am 10. April bereits zum dritten Mal. "Kann man ein Gesetz nicht ändern oder will man es nicht ändern?", fragte die Frau.

"Speed of action" statt "Speed im Straßenverkehr" lautet die Forderung der Verkehrssicherheitsexperten des KFV. Für einen Radiospot kommt auch die beim Unfall getötete Kati zu Wort. Mittels KI-Sprachsoftware wurde der Beitrag generiert,

als Grundlage dienten Sprachnachrichten der jungen Frau. "Künstliche Intelligenz kann heute meine Stimme wieder zum Leben erwecken. Mich aber nicht. Steig runter vom Gas", lautet der eindringliche Appell der bereits toten Salzburgerin. "Die wenigsten Raser denken daran, mit ihrer Handlung andere Menschen zu gefährden, bis es dann passiert. So gibt Kati all jenen eine Stimme, für die es leider zu spät war", sagte Christoph Feymann, Bereichsleiter Kommunikation im KfV.

"Rasen kostet Menschenleben", bekräftigte KfV-Geschäftsführer Christian Schimanofsky. Es gehe darum, dass extremen Rasern die Tatwaffe aus der Hand genommen wird, forderte er. "Eine zeitnahe Umsetzung der vorliegenden Novelle des Anti-Raser-Pakets wird Menschenleben retten", so der Experte.

Die entsprechende Gesetzesnovelle zur Beschlagnahme hatte Gewessler im Dezember in Begutachtung geschickt. Sie sieht auch vor, dass Lenkern bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen immer an Ort und Stelle der Führerschein abgenommen wird. Vorgesehen ist außerdem künftig ein dreistufiges System: vorläufige Beschlagnahme - Beschlagnahme - Verfall des Fahrzeugs. Vorläufig an Ort und Stelle beschlagnahmt werden Autos künftig von der Polizei, wenn im Ortsgebiet das Tempolimit um mehr als 60 km/h oder außerhalb des Ortsgebiets um mehr als 70 km/h überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 80 km/h innerorts oder 90 km/h außerhalb des Ortsgebiets sollen Lenker bereits beim ersten Vergehen das Fahrzeug verlieren.

In der Unfallstatistik sind die dramatischen Folgen von Raserei deutlich zu erkennen. Nicht angepasste Geschwindigkeit war 2017 bis 2021 Hauptunfallursache bei mehr als einem Viertel aller tödlichen Unfälle. "Die Tendenz ist steigend. So gab es 2021 rund fünf Millionen Anzeigen wegen Geschwindigkeitsübertretungen, 2022 waren es sechs Millionen", berichtete Armin Kaltenegger, Bereichsleiter der Rechtsabteilung im KfV. Exzessive Raser sind eine kleine Gruppe, stellen aber eine hohe Gefährlichkeit dar, warnte der Experte. Wer etwa mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs ist, verdoppelt das Unfallrisiko und erhöht das Tötungsrisiko um das Siebenfache. Wer im Ortsgebiet mit 110 km/h unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko um das Elfache, erläuterte Kaltenegger. Während ein Lenker mit 50 km/h vor einem Hindernis anhalten kann, kracht er mit 110 km/h ungebremst dagegen. Besonders dramatisch ist das Risiko in einer 30er-Zone. Wer hier 60 km/h zu schnell unterwegs ist, erhöht das Tötungsrisiko auf das 27-Fache. "Ab 80, 90 km/h Aufprallgeschwindigkeit liegt das Tötungsrisiko bei 100 Prozent", berichtete der Verkehrsexperte.

Besonders hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen haben enorme Auswirkungen auf das Unfallrisiko und die Verletzungsschwere. "Höhere Geldstrafe bei exzessiven Geschwindigkeitsüberschreitungen und der drohende Verlust des eigenen Fahrzeugs für chronisch unbelehrbare, gefährliche Raser sind wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in Österreich", forderte Kaltenegger die Umsetzung der vorliegenden Novelle. Notorischen Rasern ist ihr Fahrzeug sehr wichtig, die drohende Beschlagnahme würde hier viel bringen, meinte der Experte. Er sprach sich außerdem für die Erhöhung des Strafrahmens von 300 bis 5.000 Euro auf 500 bis 7.500 Euro aus.

Die dritte Forderung des KfV ist die Einführung eines zentralen Verwaltungsstrafen-Register. Dieses hat auch der Rechnungshof bereits wiederholt gefordert. Weil es

noch kein zentrales Verwaltungsstrafen-Register gibt, ist es den Strafbehörden kaum möglich, eventuell offene Geldforderungen oder Freiheitsstrafen außerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche zu erkennen. Diese sind in der Regel die Grenzen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. Wiederholungstäter zu identifizieren, um dies beim Strafausmaß zu berücksichtigen, ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. "Derzeit kann ich immer sagen, es war das erste Mal", erläuterte Kaltenegger.

kra/saw

APA0239 2023-04-28/12:31

281231 Apr 23

Quelle	APA - Austria Presse Agentur
Typ	Agentur
Land	AT
Sprache	Deutsch